

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verantwortl. Redakteur: 25 241.
Nr. für Nachgelieferde: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Goldmark.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige W. man zwei
Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 man dreizehnlige 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Zuschriften gegen Vorzahlung!

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38-40.
Truch u. Verlag von Völpel & Reichardt in Dresden.
Pollichsch-Amts 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

Braun preußischer Ministerpräsident.

Der Tauschhandel zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten abgeschlossen. Krisenstimmung in Frankreich. — Clementels Rücktritt. — England plant einen neuen Flottenstützpunkt in Australien.

220 Stimmen von 432 für Braun.

(Durch Rundfunk.)

Berlin, 3. April. Bei der Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten wurden 432 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Abg. Braun (Soj.) 220, Abg. Peters 170, Abg. Pieck (Komm.) 40 Stimmen. (B. I. B.)

Für den Fall, daß der heute erwählte Ministerpräsident die Wahl nicht annimmt, soll am 15. April bereits eine neue Sitzung wegen der Neuwahl stattfinden. — Die Notverordnungen, die der Ständige Ausschuss getroffen hat, sollen dem Hauptauschuss überwiesen werden.

Die Einigung innerhalb der Parteiauslässe

Berlin, 3. April. Die Parteiauslässe des Zentrums und der Sozialdemokratie sind heute zusammengetreten, um die gestrigen Beschlüsse der Parteivorstände des Zentrums und der Sozialdemokraten hinsichtlich der Aufstellung des Herrn Marx als Reichspräsidentenkandidaten und der Wahl Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten zu bestätigen.

Die von den Sozialdemokraten gestellten Bedingungen hat das Zentrum angenommen und der Tauschhandel ist somit abgeschlossen.

Die Differenz zwischen Zentrum und Sozialdemokraten lag in der Richtung, daß das Zentrum die außerordentlich weitgehenden Bedingungen der Sozialdemokraten für eine sozialdemokratische Zustimmung zur Einheitskandidatur Marx nur als schwer tragbar anerkennen konnte. Die Sozialdemokraten verlangten eine langfristige Bindung an die sozialdemokratische Linie.

Die Verhandlungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten haben ergeben, daß die Demokraten geschlossen für Braun stimmen werden.

Jarres gegen Marx!

Ein energischer Vorstoß der Rechtspresse.

Berlin, 3. April. Die „Streuzeitung“ wendet sich gegen das Bözern in der Ausübung des Vorkämpfers nationaler Einigung. Dieses Bözern schaffe nur künstlichen Boden für parteidemagogische Ausstreunungen der Linken, die nur darauf warteten, der Kandidatur Jarres den Partei- und Klassencharakter anhängen zu können. Die Stimmen schreibt das Blatt, die Jarres das Vertrauen am 29. März befehlet haben, werden auch am 29. April zu ihm stehen, aber nicht allein diese, sondern auch alle unentschiedenen Wähler vom 20. März werden sich, soweit sie einen lauberen deutschen Staat wollen, für ihn einsetzen.

Jarres gegen Marx!

Wenn das Zentrum den Kampf will, soll es ihn haben. Wenn das Zentrum fortan als linksrepublikanisch gelten will, dann mag es sich selbst mit den Folgen dieses unverantwortlichen Verhaltens abfinden.

Bergebliche Bergungsarbeiten in der Weser.

Bisher nur drei Tote geborgen!

Minden, 3. April. Trotz der fortgesetzten Bergungsversuche durch den Reichswasserichnis, der Technischen Rat-hilfe und durch die übrigen an den Bergungsarbeiten Beteiligten ist es bis heute nicht gelungen, außer den bisher aufgefundenen drei Leichen weitere Leichen an Land zu bringen. Nach wie vor wird die Weser Straße für Straße abgeleert. Auch die Behörde der Posten hat nicht zur Auffindung weiterer Leichen gefährt, da sie sicherlich von der reichenden Strömung der Weser fortgeschwemmt worden sind. Aus diesem Grunde werden die Bergungsarbeiten in weitem Umkreis der Unfallsstelle fortgesetzt, und zwar bis Dörverden das 150 Kilometer von der Unfallsstelle entfernt liegt, abgeleert. Das negative Ergebnis der Bergungsarbeiten läßt also auf die traurige Tatsache schließen, daß von den 80 Vermissten kein einziger mehr lebend anzufinden sein wird.

Die Trauervorbereitungen in Detmold.

Detmold, 3. April. Die Stadt und das ganze lipplische Land stehen im Banne der Katastrophe. Auf den Kasernen und öffentlichen kommunalen Gebäuden stehen die Flaggen auf Halbmast, aber auch auf einer ganzen Anzahl von Privathäusern geben sie der Trauer Ausdruck. Das große Exerzierhaus auf dem Hofe der Kaserne III an der Emilienstraße, wo die drei bisher geborgenen Leichen aufgebahrt sind, wird in eine Trauerkapelle umgewandelt. Rasantlos brachten im großen Mengen Tannenzweige aus dem sich an der Weser hinziehenden Walde. Das Innere des Raumes wird ganz mit schwarzem Tuch ausgekleidet werden. Der Trauerzug bewegt sich zum Ehrenfriedhof, wo die Toten an der Seite ihrer im Weltkriege gefallenen Kameraden beigesetzt werden. Die vom Zuge berührten Straßen zeigen zum Teil noch die aus Trauerschmuck. Außer den schwarzen verhängten Bahnen des alten Reiches und den roten lip-

Der ist Marx? Ein hin und her geschobener Partei-politiker, der noch nicht einmal aus einem Willen handelt, sondern sich zum Werkzeug der Parteien hat machen wollen, die auf außerdemokratischem Wege ihre Macht zu sichern gedenken, weil ihnen auf demokratischem Wege Gefahr droht, sie zu verlieren.

Marx gegenüber halten wir den Gedanken des deutschen Staates hoch, der über den Parteien, auch über den Wünschen des Zentrums und der Sozialdemokraten steht. Wir haben kein Gefüge nicht erschüttert. Er ist uns eine gegebene Größe gewesen, die umzubilden unser Bestreben bleibt. Er kann aber nur umgestaltet werden, wenn der rechte Wille dazu in seiner obersten unparteilichen Leitung vorhanden ist. Diesen Willen verbürgt uns ein untadeliger Charakter, ein im Kampfe um den Bestand von Volkstum und staatlicher Ordnung bewährter Mann. Auch die Bayerische Volkspartei hat an der Entwicklung der Dinge nichts ändern können.

Konfessionelle Gründe gegen Dr. Jarres gibt es nicht.

Wer sie aufwirft, bringt sie von sich aus herein. Es gibt überhaupt keinen Grund mehr zu zögern mit seiner zweiten Aufstellung. Ein Wille, ein Wille! Soll der Wille erlahmen, obwohl er sich im ersten Ansturm als gut und hochkräftig erwiesen hat? Wollen wir den Weg aufgeben, den wir zielbewußt eingeschlagen haben? — Man redet von Hindernissen. Der Mann steht uns zu hoch, um ihn in den Parteienkreis hereinzuziehen, der an Kosten der Linken fällt.

Jarres steht außerhalb aller Konfessionen der letzten Tage. Er bleibt nach wie vor die Kandidatur des Reichsblocks. Wir erwarten heute noch den Entschluß und keine selbstverständliche Proklamation.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es dürfte eher zu niedrig als zu hoch gerechnet sein, daß 30 Prozent der sozialdemokratischen Wähler ihre Stimmen nicht Herrn Marx geben werden. Auf der anderen Seite steht in dem Geir der zehn Millionen Nichtwähler in der Hauptsache die Mehrheit für den Kandidaten des Reichsblocks, denn erfahrungsgemäß bringen reine Parteikandidaturen einen größeren Prozentsatz der für sie in Frage kommenden Wähler an die Urne als überparteiliche Sammellösungen. Dem Reichsblock dürfte es deshalb im zweiten Wahlgang nicht sehr schwer fallen, den Vorsprung von drei Millionen Stimmen, den die drei Parteikandidaturen der Weimarer Koalition im ersten Wahlgang erzielten, einzuholen.

Die Kandidatur Jarres, die von der Deutschen Volkspartei bereits wieder offiziell empfohlen worden ist, wird voraussichtlich am Montag von den im Reichsblock vereinigten politischen Gruppen amtlich nominiert.

Aus München wird gemeldet: Die Bayerische Volkspartei hat ihre Entscheidung auf den 7. April verlegt. Sie erklärt, nur ein bürgerlicher Kandidat komme für sie in Frage, kein sozialistischer.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Bis gestern abend liegt kein Bericht Dellpachs vor, dagegen haben sich die Demokraten Badens für eine Linksammekandidatur ausgesprochen.

zwischen Landesherren sieht man auch riesige schwarze Fahren, die dem Strahlenbilde ein düsteres Aussehen geben.

Die Mindener Stadtvocordnerversammlung trat gestern an einer Trauerkundgebung für die Opfer des Unfalls zusammen und beschloß ein Beileidsbegrüßen an das Katastrophen, das von dem Unglück betroffen ist, zu senden. Heute mittag findet die Trauerfeier für die Todesopfer des Unfalls im Landeskrankenhaus zu Detmold statt, an der Reichswehrminister Dr. Wecker und der Chef der Feuerleitung General v. Seckert in Detmold teilnehmen werden.

Wie die übrigen besaunten Regierungen, so hat auch die französische durch ihren Botschafter der deutschen Regierung ihr Beileid anlässlich der Katastrophe auf der Weser ausdrücken lassen.

Loeb's Klage gegen Thüringen abgewiesen.

Weimar, 2. April. Es wird erinnert sein, daß der frühere Staatsoberrichter Loeb nach seiner Ernennung zum Staatsoberrichter in Thüringen verklagte, und zwar verlangte er ein Monatsgehalt in Höhe von 3500 Mk. und die Restitutionskosten, daß das Land Thüringen verpflichtet sei, allen Schaden zu ersetzen, der ihm aus der kräftigen Kündigung des Vertragsverhältnisses erwachse. Der Staat erhob Widerspruch und beantragte die Restitutionskosten, daß der Vertrag anstandslos sei, und der Herr Loeb keinen Anspruch gegen den Staat habe. — In diesem Prozeß hat das Landgericht Weimar gestern folgende Entscheidung gefällt:

Die Klage ist abzuweisen. Auf die Restitutionskosten wird nicht erkannt, daß der Vertrag zwischen den Parteien anstandslos ist und der Kläger keine Ansprüche aus ihm oder seiner Kündigung gegen den Beklagten hat. Am übrigen wird die Widerklage abzuweisen.

Sakurteile und Wirtschaftsverhandlungen.

Ein Schreiben des Deutschen Offizierbundes an den Kanzler. Der Deutsche Offizierbund hat wegen der von seinen

Frankreichs und Belgiens sich in letzter Zeit besonders häufigen kriegsgerichtlichen Verurteilungen deutscher Reichsangehöriger folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: Die Verurteilungen deutscher Offiziere und Mannschaften wegen sogenannter Kriegsverbrechen von Seiten französischer und belgischer Kriegsgerichte haben in der letzten Zeit in auffallendem Maße wieder zugenommen. Es ist der Bundesleitung nicht bekannt, ob überhaupt oder welche Schritte die verschiedenen deutschen Regierungen in dieser Angelegenheit zum Schutze der Ehre des deutschen Volkes und seiner alten Kämpfer unternommen haben. Ein Erfolg irgendwelcher Art scheint jedenfalls, an den Vorgängen der letzten Zeit gemessen, nicht einzutreten zu sein.

Die Bundesleitung glaubt nicht verschweigen zu dürfen, daß sich aller Kreise des Bundes insoweit Ausbleibens jeder erkennbaren Initiative eine wachsende Erregung bemächtigt hat. Sie verkennt zwar keineswegs die großen Schwierigkeiten, mit denen heute jede deutsche Regierung zu kämpfen hat. Hier handelt es sich jedoch um Forderungen, die von der öffentlichen Meinung wie auch den Massen der alten Reichsmilitärangehörigen seit Jahren vergeblich gestellt worden sind.

Es sind indes auch in hohem Maße wirtschaftliche Interessen, die durch die Verurteilungen empfindlich verletzt werden. Diese Verurteilungen tragen in die wirtschaftlichen Beziehungen der in Frage kommenden Länder ein Gefühl großer Unsicherheit, die zu beteiligten nicht nur im deutschen Interesse liegt. Der Fall des Generals v. Kautzkius hat erwiesen, daß bei weitem nicht alle Verurteilungen in Deutschland bekannt werden. Dem Vernehmen nach ist es dem Auswärtigen Amt nicht möglich, sich über alle die deutsche Reichsangehörige betreffenden kriegsgerichtlichen Verhandlungen derart genau zu informieren, daß jedem Angehörigen die Tatsache zur Kenntnis gebracht werden kann. Aus diesem Grunde und bei den großen Verwechslungsmöglichkeiten, die durch Namensähnlichkeiten und Namensgleichheit erfahrungsmäßig häufig entstehen, ist

jeder Feldzugsteilnehmer, ja, jeder deutsche Mann der Gefahr der Festnahme und schwerer Justizfolgen ausgesetzt.

Es muß daher als eine außerordentlich wichtige Pflicht der verantwortlichen Stellen bezeichnet werden, das auf jedem ins Ausland, besonders nach Frankreich und Belgien, reisenden Deutschen laufende Gefühl dieser persönlichen Unsicherheit zu beseitigen. Der Bundesleitung erscheinen die dem Vernehmen nach noch nicht abgeschlossenen

wirtschaftlichen Verhandlungen

zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Belgien andererseits eine gezielte Gelegenheit zu bieten, um die Frage der Verurteilungen auch vom wirtschaftlichen Standpunkte, im Interesse der beiden vertragsschließenden Teile, aufzuarbeiten. Die Bundesleitung stellt daher an Sie, Herr Reichskanzler, die Bitte, dem Abschlusse der deutsch-französischen bzw. deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen Ihre Genehmigung zu verlangen, wenn nicht die Bewegungslosigkeit und völlige Sicherheit allen Reichsangehörigen, im Rahmen der den Angehörigen der übrigen Staaten anerkannten Rechte, garantiert wird. Hierbei erscheint es erforderlich, ausdrücklich zu verlangen, daß kein deutscher Reichsangehöriger wegen sogenannter Kriegsverbrechen in den in Frage kommenden, oben näher bezeichneten Staaten und deren Kolonien verhaftet und zur Rechenschaft gezogen werden darf. Die Bundesleitung glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß hinter ihrer Forderung der weitaus größte Teil des gesamten deutschen Volkes steht.

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 2. April. Im Beisein des Reichswirtschaftsministers und unter reger Beteiligung von Regierung, Industrie und Wissenschaft hielt das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit heute seine erste Sitzung in diesem Jahre ab. Das Reichskuratorium stellt sich die Aufgabe, eine Rationalisierung der Wirtschaft und eine Verbilligung der Produktion mit Unterstützung von Industrie und Wissenschaft herbeizuführen.

In den einleitenden Worten wies der Leiter der Versammlung, der bekannte Industrielle v. Siemens darauf hin, daß die Rationalisierung der Wirtschaft zu einem Schlagwort geworden sei, das der nächsten sachlichen Sphäre entrückt sei. Man könne die Rationalisierung nicht als das Streben nach einer gerechteren Wirtschaftsordnung betrachten, sondern es sei nur das Streben nach Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch wissenschaftliche Methoden. Die Rationalisierung sei nur Mittel zur Verbilligung der Produktion. Damit werde Arbeit geschaffen und das gesamte der gesamten Bevölkerung ein besseres Dasein.

Weiterer Rückgang der Großhandelsindexziffer.

Berlin, 2. April. Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 1. April ist gegenüber dem Stande vom 25. März um 0,5 v. H. auf 132,3 zurückgegangen. Für den Durchschnitt März ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 130,5 im Durchschnitt Februar auf 134,4 oder um 1,5 v. H.